

Sigmar Gabriel, MdB, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Rede auf der Fachkonferenz der Bundes-SGK „Kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik“ am 13. März 2009 in Mainz

Liebe Margit Conrad, lieber Detlef Raphael, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, erst mal vielen Dank, Detlef, für die Einladung zur SGK. Ich glaube ja nach wie vor, dass sozialdemokratische Kommunalpolitik der beste Grund für Mehrheiten in Bund und Ländern ist. Dass Sozialdemokraten das gelegentlich selber vergessen, wenn sie in den Ländern und im Bund regieren, macht die Sache nicht falscher. Die Irrtümer, die dann manchmal entstehen, müssen wir als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eben gelegentlich korrigieren. Ich sage das, weil ich selber mehr als 10 Jahre einem Stadtrat und noch länger einem Kreistag angehört habe.

Ich glaube, dass in einer Zeit, in der zugegebenermaßen Dinge, die weltweit und in Europa passieren, wichtiger werden und wichtiger geworden sind, in einer Zeit, in der für viele Menschen der Eindruck entsteht, die Welt dreht sich eigentlich jeden Tag ein bisschen schneller, gleichzeitig das Bedürfnis besteht, irgendwo in seinem Leben festen Grund unter den Füßen zu haben. Wo könnte das nicht besser gelingen als an dem Ort, an dem man lebt, wohnt oder arbeitet, also, in der Stadt, im Stadtteil, in der Gemeinde, im Landkreis.

Insofern hat Franz Müntefering recht, wenn er sagt: Wenn das Große wichtiger wird, wird meist auch das Kleine zeitgleich wichtiger. Die Leute wollen sicheren Halt. Was wir versuchen müssen stärker zu vermitteln, auch angesichts der sinkenden Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen, dass eben eine Vielzahl von Dingen, die uns im Leben wichtig sind, nicht in der Bundespolitik, nicht in der Landespolitik entschieden werden, sondern im Stadtrat, im Gemeinderat und im Kreistag.

Ob das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern gut funktioniert, hängt am Ende nicht davon ab, ob es ein gutes Zuwanderungsgesetz gibt, sondern ob es eine vernünftige Integrationspolitik gibt, bei der in Städten und Gemeinden verhindert wird, dass Ghettobildungen entstehen, dass Städte und Gemeinden genug Geld dafür haben, für Bildungs- und Jugendeinrichtungen zu sorgen. Kinder- und Jugendförderung ist am Ende nicht nur eine Aufgabe des KJHG. Es ist vor allem Aufgabe einer engagierten Kommunalpolitik, die sich um ihre Schulen kümmert, um Kindergärten, um Sportplätze, um Musikschulen, um Drogenberatung und all das, was wir in den Städten und Gemeinden haben und was oft allzu leichtfertig von der Kommunalaufsicht als so genannte „freiwillige Leistungen“ bezeichnet wird.

Das alles sind für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten politische Pflichtleistungen, weil Städte und Gemeinden eben etwas anderes als eine Art Holding sind, bei der man den Abwasserbetrieb oder die Müllabfuhr gut organisiert. Sie sind ein Ort, wo wir Menschen zusammenführen und wo – wenn es gut gelingt – Menschen zusammenhalten. Menschen gehen nicht deshalb in die Kommunalpolitik, weil sie dort Geld verdienen können. Das gilt vielleicht für einen Oberbürgermeister oder Landrat, aber, wenn man von dieser Minderheit der Kommunalpolitiker absieht, dann geht es den meisten Menschen doch schlicht und ergreifend darum, das, was gut ist an dem Ort, an dem sie leben, zu erhalten, und das, was nicht so gut ist, besser zu machen.

Es gibt ein ganz altmodisches Wort dafür. Das ist *Heimatliebe*. Die meisten Leute gehen in die Kommunalpolitik, weil sie etwas dafür tun wollen, dass es für sie und ihre Kinder und Enkelkinder dort, wo sie leben und groß geworden sind oder wo sie jetzt leben, vernünftig funktioniert. Das ist ein Beispiel für ehrenamtliches Engagement, was wir oft in der Debatte für das Ehrenamt unterschätzen. Wir reden dann über den Sportverein, die Feuerwehr und den Schützenverein. Das stimmt, ist auch alles richtig. Aber die übergroße Mehrheit der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind Menschen, die ehrenamtlich arbeiten. Die geringe Aufwandsentschädigung, die sie erhalten,

ist in der Regel beim ersten Schützenfest weg. Jedenfalls ist es bei uns zu Hause so. Wenn es bei euch anders ist, habt ihr Glück gehabt.

Aus diesem Grund glaube ich, dass sozialdemokratische Politik, die Gesellschaft zusammenführen und zusammenhalten will und in der Kommunalpolitik nach wie vor ihre stärkste und kräftigste Basis hat. Ich glaube, dass es gelingen muss, dies in den nächsten Jahren auch wieder verstärkt in der SPD zu verankern. Deswegen danke ich der SGK herzlich für ihr Engagement.

Das Gleiche gilt natürlich auch für den Bereich, den ich vertrete – Umwelt- und insbesondere Klima- und Energiepolitik. Ich meine, dass kommunale Umweltpolitik am Ende mit dafür verantwortlich ist, ob die Entwicklung der Lebensbedingungen funktioniert oder nicht, wissen alle die, die in der unteren Naturschutzbehörde arbeiten oder die mit Gewässern zu tun haben. Aber zunehmend ist eben auch das Thema Klima- und Energiepolitik eine Aufgabe, die wir nur bewältigen können, wenn Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten.

Dafür gibt es bei uns, wie ich finde, gute Voraussetzungen. Allerdings müssen wir sie auch erhalten und ausbauen. Um es gleich aufzunehmen, wir hatten vor kurzem einen gemeinsamen Kongress mit dem VKU und dem Bundesumweltministerium zum Thema Stadtwerke. Ich glaube, dass die Stadtwerke eine der wenigen Möglichkeiten darstellen, über die wir wirklich für mehr Wettbewerb – beispielsweise auch auf dem Elektrizitätsmarkt – sorgen können.

Ich habe ja noch die Zeit in Erinnerung, in der permanent die Losung ausgegeben wurde, dass öffentliches Eigentum einschließlich der Stadtwerke privatisiert werden sollte. Das ist ja überhaupt etwas gewesen – *privat vor Staat*. Die Bundeskanzlerin und ihre Partei möchten ungern an diesen Slogan erinnert werden in diesen Tagen. Wir sollten uns da nicht zurückhalten. Das hieß ja übersetzt, wie wir jetzt merken: *Eigennutz vor Gemeinwohl*. Das war die

eigentliche Übersetzung des Spruches *privat statt Staat*. Und alle die, die sich eigene Energiedienstleister behalten haben, die Stadtwerke besitzen, wissen inzwischen, von welcher großen Bedeutung dies für die kommunale Daseinsvorsorge und für die Bürgerinnen und Bürger ist.

In der Tat heißt dies, dass wir auch den kleinen und mittleren Stadtwerken die Chance geben müssen, am Markt zu existieren und im Wettbewerb zu bestehen. Das bedeutet zum Beispiel, dass man bei der Anreizregulierung in der Tat aus meiner Sicht nicht nur die Aufgabe der Regulierungsbehörde in den Mittelpunkt der Arbeit stellen darf, nämlich die Senkung der Netznutzungsentgelte. Darüber hinaus muss auch für Wettbewerb gesorgt, der Zugang zu Elektrizitätsnetzen geschaffen und der Ausbau und die Energieversorgung sichergestellt werden. Ich glaube deshalb, dass es in der Tat richtig und notwendig ist, dass wir für eine speziell auf die Stadtwerke ausgerichtete Veränderung der Anreizregulierung sorgen müssen. Sonst werden uns kleine und mittlere Stadtwerke auf lange Sicht weg brechen und wir werden das Gegenteil erleben. Statt mehr Wettbewerb wird es dann weniger geben. Insofern ist die Forderung der SGK richtig.

Ich will gleich noch einen zweiten Punkt hinzufügen. Wir haben die Möglichkeit bekommen, im Bereich fossiler Kraftwerke mit der Regelung der Europäischen Kommission zum Emissionshandel zwischen 2013 und 2016 bis zu 15 % Investitionskostenzuschüsse für hocheffiziente neue Kraftwerke zu zahlen. Ich glaube, dass wir hier insbesondere bei den Stadtwerken die Chance haben, solche Kraftwerksinvestitionen zu fördern, nicht nur bei den Stadtwerken, aber auch, gerade weil sie in der Regel in Hocheffizienz investieren, gerade weil sie die klassischen Träger von Kraftwärmekopplung sind, und auch, weil wir bei ihnen eben den Wettbewerb besonders zu fördern haben.

Ich glaube deswegen, dass es einer Regelung bedarf, bei der wir diese 15 % so zur Verfügung stellen, dass Stadtwerke auch einen Zugang zu dieser Förderung finden. Dies erfolgt zum Beispiel dadurch, dass wir zwar erklären, dass wir dies fördern wollen, wenn jemand ein altes Kraftwerk stilllegt. Das darf

aber nach meiner Auffassung eben nicht für den Stadtwerkebereich gelten. Diejenigen, die weniger als fünf Anlagen haben, müssen von einer solchen Regel ausgenommen werden, damit Stadtwerke dazu Zugang bekommen.

Insgesamt glaube ich, dass wir mit den kommunalen Energiedienstleistern, aber natürlich auch im Bereich Wasser, Abwasser und Abfall - die ja viel mit Klimaschutz zu tun haben - mit den Kommunen gute Partner haben.

Ich soll etwas sagen zu Beschäftigungspolitik im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimaschutz. Ich will deshalb zu Beginn ein paar positive Nachrichten vortragen, die in diesen Tagen ja selten sind. Die Finanzkrise und die Umweltkrise haben – wie ich finde – viel miteinander zu tun. Denn wodurch ist die Finanzkrise entstanden? Dadurch, dass man ausschließlich auf den schnellen wirtschaftlichen Gewinn gesetzt hat und die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Erfolges keine Rolle gespielt hat. Die Zeche haben dann immer andere zu zahlen. Um nichts anderes geht es bei den Herausforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes auch. Es geht um die Frage: Sind wir damit zufrieden, dass wir aktuell wirtschaftliche Erträge haben? Oder wollen wir auch, dass unsere Kinder und Enkel auch davon etwas haben? Oder sind wir zu faul und zu feige, uns jetzt zu verändern – mit dem Ergebnis, dass unsere Kinder und Enkel die Zeche bezahlen müssen? Dafür gibt es dramatische Beispiele.

Ein Beispiel, das besonders augenfällig ist, ist die Tatsache, dass – wenn wir so weitermachen mit der Fischerei – wir im Jahre 2030, 2040 auf der Erde keine kommerzielle Fischerei mehr haben werden. Was das bei einer wachsenden Weltbevölkerung für die Ernährung der Menschen bedeutet, mag man sich unschwer vorstellen.

Und im Klimabereich geht es um das gleiche Thema. Wir wissen, dass Klimaschutz Geld kostet, keine Frage, ein Prozent vom Sozialprodukt. Wir wissen aber auch, dass kein Klimaschutz viel mehr Geld kostet, nämlich bis zu 20 % des Sozialprodukts. Wenn meine Tochter so alt ist, wie ich, ist sie in Gefahr, dass sie 20 % dessen, was sie dann erarbeitet, nicht für Bildung, für

Soziales, für Kultur ausgeben kann, sondern dass das Geld für die Beseitigung der Folgeschäden des Klimawandels gebraucht wird. Es ist auch eine ökonomische Dummheit, nicht in Klimaschutz zu investieren.

Wir sind reich genug, um Klimaschutz zu betreiben, aber unsere Kinder werden zu arm sein, als dass wir darauf verzichten könnten. Das ist die Losung, die wir ausgeben. Es gibt gute Beispiele, dass man mit Klimaschutz und Umweltschutz eine Menge und vor allem nachhaltig verdienen kann.

Die guten Nachrichten sind zum Beispiel, dass der Energiekonzern E.ON vor wenigen Tagen angekündigt hat, dass er ungeachtet der Finanz- und Wirtschaftskrise an seinem milliardenschweren Investitionsprogramm für den Ausbau erneuerbarer Energien festhält. Das Unternehmen hat gerade weltweit seine Investitionsplanung überprüft und mitgeteilt, dass einzelne Kraftwerksprojekte wohl nicht mehr in der ursprünglichen Geschwindigkeit umgesetzt werden. Das allerdings soll nicht für den Bereich der erneuerbaren Energien gelten. Hier will E.ON, wie ursprünglich geplant, in den nächsten beiden Jahren nicht weniger als 6 Mrd. Euro investieren.

Das zweite Beispiel kommt aus München. Siemens richtet derzeit einen so genannte Sustainability Board, also einen Ausschuss für Nachhaltigkeit ein, der die weltweiten Aktivitäten des Konzerns im Bereich der Umweltechnik bündeln soll. 2011 will Siemens bereits einen Green-Technology-Umsatz von 25 Mrd. Euro erreichen. Das wären 6 Milliarden mehr als 2008 und dann bereits 30 % des gesamten Umsatzes von Siemens weltweit.

In Berlin, das ist das dritte Beispiel, wurde vor wenigen Tagen der Nachtragshaushalt für das Konjunkturpaket II beschlossen. Das 50 Mrd. Euro schwere Programm sieht allein 10 Mrd. Euro für Länder und Kommunen, mit dem Länderanteil 13 Milliarden vor. Dieses Geld soll vor allem in die energetische Sanierung von Schulen, Kindergärten öffentlichen Einrichtungen, Krankenhäusern und Infrastrukturprojekten investiert werden, wie Detlef gesagt hat, im Verwaltungshaushalt, wo denn noch einer existiert, die dauerhaften

Ausgaben einsparen und im Investitionshaushalt dafür sorgen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden.

Schließlich noch eine letzte Nachricht: Danach ist die Zahl der im Bereich der erneuerbaren Energien in Deutschland Beschäftigten im letzten Jahr noch einmal deutlich angestiegen, und zwar um 10 % gegenüber dem Vorjahr. Rund 280.000 Menschen verdanken inzwischen ihren Job den erneuerbaren Energien. 2004 waren es übrigens nur 160.000 Menschen.

Mit anderen Worten: In nur vier Jahren hat die Erzeugung von Strom, Wärme und Kraftstoff aus erneuerbaren Energien für etwa 120.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland gesorgt. Und ungeachtet der wirtschaftlichen Herausforderungen halten die Forschungsinstitute, die diese Zahlen ermittelt haben, auch mittelfristig an diesem Zuwachs fest. Wir wollen durch das, was wir in der Bundesregierung beschlossen haben, bis 2020 diesen Anteil an Arbeitsplätzen auf über 500.000 insgesamt verdoppeln – keine unrealistische Zahl.

Es ist übrigens ganz schön, wenn man sich anschaut, was da früher so erzählt wurde. Wir haben ja auch eine Debatte über Atomenergie. Da gab es eine Anzeige aus dem Jahr 1990. Die nehme ich jetzt immer mit auf die Veranstaltungen, weil das so schön ist und deutlich macht, auf welchem Niveau wir solche Themen gelegentlich verhandelt haben. Da steht drüber: „Strom aus Wind, ja aber?“ Und dann im Jahr 1990: „Die Dänen sind europäische Spitzenreiter bei der Nutzung der Windenergie“ stand da. „1988 wurde in Dänemark fast jede 100. Kilowattstunde aus Wind erzeugt. Das entspricht einem Anteil von 0,9 % am Stromverbrauch. Eine vergleichbar intensive Nutzung der Windenergie ist in der Bundesrepublik wegen der anderen klimatischen Bedingungen leider nicht möglich. Deshalb brauchen wir die Atomenergie.“ Unterschrift: Informationskreis Kernenergie.

Wir haben heute bereits mehr als 15 % erneuerbare Energien am Strommarkt. Wind hat den größten Anteil. Das zeigt, auf welchem Niveau mit

unterschiedlichen Argumenten in der Vergangenheit versucht wurde, Wettbewerb am Strommarkt, Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz zu verhindern. Die Verantwortlichen in der Atomlobby versuchen mit den unterschiedlichsten Bedingungen seit Jahrzehnten immer wieder diesen Ausbau zu verhindern. Gott sei Dank ändert sich das.

Ich will übrigens darauf hinweisen, dass insofern all diejenigen, die öffentlich erklären, man bräuchte wegen der fluktuierenden Energien im Netz – mal weht der Wind und mal nicht, mal scheint die Sonne und mal nicht – Atomenergie, richtig falsch liegen. Entweder sagen das Leute, die es nicht besser wissen, oder sie belügen die Öffentlichkeit, denn das Gegenteil ist richtig. Atomkraftwerke kann man nicht je nach Wind und Sonne rauf und runter regeln. Genau das geht mit Atomkraftwerken nicht. Das bedeutet, dass zum Beispiel die CDU-CSU, die öffentlich erklärt, man sei ja nicht gegen Erneuerbare, man wolle nur beides, Atomkraft und erneuerbare Energien, die Leute damit nicht aufklärt. Denn das Gegenteil wird passieren. Eine Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken wird letztlich bedeuten, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien langsamer vorangeht, weil die Netzintegration bei Weitem nicht so leicht möglich ist, und wird damit zur Folge haben, dass wir massiv an Beschäftigungspotenzialen im Bereich der erneuerbaren Energien verlieren. Das ist ein energiepolitisches Argument gegen die Atomenergie. Es gibt darüber hinaus sicherheitspolitische und viele andere mehr.

Ich komme aus der Region, in der das Atomendlager Asse 2 liegt, übrigens auch Schacht Konrad. Ich kann verstehen, warum die Bayern und Baden-Württemberger zwar Atomenergie fordern, aber Schiss haben, nach einem Endlager suchen zu lassen. Das kann ich nachvollziehen. Dass ich es verstehen kann, macht es aber nicht besser. Das ist schon schwierig, nur man soll nicht, wie die CDU-CSU das tut, Atomenergie als „Bio-Energie“ bezeichnen, weil man sonst die Asse als Biotonne wahrnehmen müsste. Und das ist sie nun wahrlich nicht.

Ich glaube, wenn wir Beschäftigungspotenziale entwickeln, wenn wir Klimaschutz betreiben wollen und wenn wir gleichzeitig dafür sorgen wollen, dass wir von Importen von Energierohstoffen unabhängiger werden, dann sind die beiden Strategien, die wir als Sozialdemokraten verfolgen, nämlich Effizienz und erneuerbare Energien, das Richtige.

Was meinen wir mit Effizienz? Erstens natürlich Effizienz auf der Produktionsseite von Energie. Wir haben immer noch viel zu viele reine Stromkraftwerke. Wir brauchen mehr Kraft-Wärme-Kopplung. Deswegen war es richtig, dass wir im letzten Jahr das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz – übrigens immer gegen den Widerstand der CDU-CSU – novelliert und damit die Voraussetzungen geschaffen haben, endlich industrielle Kraft-Wärme-Kopplung zu fördern und damit den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 verdoppeln können. Ich glaube, das ist ein ganz zentrales Element.

Zweitens: Alles, was wir beim Auto diskutieren, hat etwas mit Effizienz zu tun, weil man nur CO₂ am Auspuff verringern kann, wenn man weniger Kraftstoff verbraucht. Wir haben eine vernünftige Regelung in der EU durchgesetzt. Sie basiert übrigens fast aufs Komma genau auf einer Verabredung zwischen dem Umweltministerium in Deutschland und der IG Metall, weil wir die Beschäftigten in diesem Bereich natürlich mitnehmen müssen. Es nützt nichts, über die Autoindustrie in der Vergangenheit zu klagen. Dafür gibt es eine Menge Gründe. Man muss aber zusehen, dass die Ziele in der Zukunft erreicht werden, und das auf einem Weg, durch den die Beschäftigungspotenziale in der Automobilindustrie erhalten werden. Das ist einer der wichtigsten Industriezweige unseres Landes. Es macht wenig Sinn, aus berechtigter Verärgerung über die Nachlässigkeit der Vorstände in der Vergangenheit, in der Zukunft diesen wichtigen Wirtschaftsfaktor bei uns zu unterschätzen. Übrigens auch ein Umweltminister, egal, ob im Land oder in Berlin, braucht eine funktionierende Wirtschaft. Denn nur dann, wenn Steuern erarbeitet werden, hat man eine Chance, diese für Klimaschutz und Umweltechnik einzusetzen. Folglich gibt es keinen Widerspruch zwischen einer engagierten Industriepolitik und einer engagierten Umweltpolitik – ganz im Gegenteil.

Effizienz bedeutet aber auch, und das trifft die Kommunen noch viel stärker, dass wir versuchen müssen, endlich damit Schluss zu machen, dass wir in Deutschland in Millionen Wohnungen mehr den eigenen Vorgarten heizen als das Wohnzimmer. Die Aufstockung auf insgesamt jetzt 1,4 Mrd. Euro im Bereich des energetischen Gebäudesanierungsprogramms ist die richtige Maßnahme. Wir sollten als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Vorbereitung der Bundestagswahl darüber diskutieren, welche Möglichkeiten wir haben, diesen Gebäudebestand noch schneller zu modernisieren, weil hier ein Riesenpotenzial für Klimaschutz, aber auch für Beschäftigung im regionalen Handwerk liegt. Die Deutsche Bank schätzt das Potenzial auf 340 Mrd. Euro Investitionen bis zum Jahre 2020. Da ist der Anteil des Staates relativ gering, um das loszutreten zu können - das größte Beschäftigungspaket, das wir überhaupt haben.

Und wenn ich das mal als ehemaliger Kommunal- und Landespolitiker hinzufügen darf: Ich weiß, dass das schwierig ist. Trotzdem finde ich es notwendig, dass wir in den Kommunen darauf achten, dass bei der Vergabe öffentlicher Mittel zur Gebäudesanierung Tariftreue eingehalten wird. Es kann nicht sein, dass wir den Personen, die keine Tarifverträge einhalten, die keine Sozialabgaben zahlen, mit öffentlichen Mitteln sozusagen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Die Leute kommen uns morgen als Hartz-IV-Empfänger entgegen. Lasst uns dafür sorgen, dass Recht und Gesetz auch am Arbeitsmarkt gilt.

Der zweite Teil betrifft natürlich die Angebots- und Nachfrageseite. Wir brauchen auf der Nachfrageseite neben den Wohnungen in Europa auch dynamische Effizienzstandards. Das alles ist aus der Debatte um die Top-Runner-Modelle bekannt. Aber ich will beim Thema Energieproduktion auch noch auf ein Thema zu sprechen kommen, das auch hier in Mainz und auch vor der Tür viele bewegt hat. Es ist die Frage: Wie gehen wir mit der Kohle um?

Ich habe durchsetzen können, dass wir in der Bundesregierung gemeinsam mit CDU-CSU nach langen Kämpfen für das Jahr 2020 ein Ausbauziel der

Erneuerbaren von mindestens 30 % haben. Es gibt eine Menge Anzeichen dafür, dass dies in Richtung 40 % gehen kann. Da vorne sitzt Dietmar Schütz, früherer Oberbürgermeister von Oldenburg, der vermutlich mit einiger Verärgerung liest, was sein Nachfolger so alles in Oldenburg anstellt. Man muss eben, Dietmar, bei der Wahl von CDU-Oberbürgermeistern immer wie an der Börse eine Gewinnwarnung ausgeben. Die Leute sind hinterher meistens entsetzt, wie schnell sie ihre Versprechen wieder brechen. Aber Dietmar ist ja Präsident des Bundesverbandes der Erneuerbaren Energien. Sie gehen von einem Anteil von über 40 % aus.

Wenn man optimistisch von 40 % erneuerbaren Energien 2020 am Strommarkt ausgeht, fällt einem bei Beherrschung der Grundrechenarten auf, dass es 60 % gibt, die man dann noch irgendwie herstellen muss.

Wenn wir bis 2020 aus der Atomenergie ausscheiden wollen, dann gibt es dafür noch präzise zwei Energieträger, nämlich Kohle und Gas. Gas hat heute einen Anteil von 12 % am Strommarkt. Der wird etwas wachsen, aber er wird eben nicht bis auf die 25 oder 30 % wachsen, wie sich ein Teil der Demonstranten denkt, die draußen vor der Tür gestanden haben oder die hier in Mainz gegen das Kohlekraftwerk demonstrieren und auch an vielen anderen Standorten.

Denn Gas ist ein teurer Brennstoff. Nichts ist teurer, als Gas zur Stromerzeugung zu nutzen. Das ist der Grund, warum wir Gas im Wesentlichen in der Spitzenlast und in der oberen Mittellast nutzen. Das bedeutet natürlich, dass diejenigen, die diese Politik verfolgen, mindestens der Bevölkerung sagen müssen, was das für Konsequenzen hat, nämlich einen dramatisch steigenden Strompreis. Das wird für Haushalte ein Problem, noch mehr aber für die Industrieproduktion, insbesondere dort, wo zum Beispiel ein Elektrostahlwerk 365 Tage 24 Stunden lang Strom braucht. Da ist ein Gaskraftwerk schlicht und ergreifend zu teuer. Das wird dazu führen, dass solche Investitionen in Zukunft in anderen Ländern Europas stattfinden, die dies mit Kohle oder mit Kernenergie machen.

Das bedeutet in der Konsequenz, dass der Druck auf die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken immer größer wird, wenn man sich gegen die Kohle entscheidet. Diejenigen, wie die Grünen und manche Umweltverbände, die aus vermeintlich guten Gründen die Kohle wegen des Klimaproblems schnell vom Markt entfernen wollen, bedienen damit die Interessen der Nuklearindustrie – nichts anderes. Wer gegen Kohle ist, wird Atomstrom ernten. Da bin ich ganz sicher. Das wird die Folge sein.

Man muss natürlich erreichen, dass die Klimaschutzziele mit der Entwicklung von Kohlekraftwerken vereinbar sind. Die Klimaschutzziele betragen in Deutschland minus 40 % CO₂ gegenüber dem Jahr 1990 bis zum Jahr 2020. Wir sind übrigens diejenigen, die im letzten Jahr bereits ihre Kyoto-Ziele übererfüllt haben. Und wir sind die Einzigen auf der Welt, die solche Klimaschutzziele, wie 40 %, bereits durch konkrete Maßnahmen, wie KWK, EEG und vieles andere beginnen umzusetzen.

Diese minus 40 % orientieren sich auch am europäischen Emissionshandel. Das ist die Antwort, die wir den Kohlekritikern geben müssen. Um es zugespitzt zu formulieren: Man kann in Deutschland hundert Kohlekraftwerke bauen. Es wird nicht dazu führen, dass ein Gramm CO₂ mehr in die Atmosphäre gehen kann. Es wird vermutlich dazu führen, dass man davon 990 nicht anstellen darf, das will ich gerne zugeben. Und weil man den vier Energieversorgern eine Menge vorwerfen kann, bloß eins nicht, nämlich dass sie nicht rechnen können, wird die Anzahl von Kohlekraftwerken, die in Deutschland gebaut wird, sich am Preis von CO₂ an der Leipziger Strombörse orientieren.

Denn ab 2013 sinkt die Menge an CO₂, die in Europa zur Verfügung steht. Und man muss sie dann zu 100 % in Westeuropa an der Strombörse ersteigern. Das bedeutet nichts anderes, als dass – wenn es nicht unbegrenzt viel CO₂ gibt und diese Menge CO₂ gekauft werden muss – der Preis dann steigt, je mehr Kohlekraftwerke ans Netz gehen wollen, bis zu einem Punkt, zu dem der Betrieb eines Kohlekraftwerks zu teuer wird, weil der Preis für CO₂ zu teuer geworden ist.

Genau bis zu diesem Punkt wird man auch Kohlekraftwerke bauen in Deutschland. Wir schätzen, etwa acht bis zwölf zusätzlich. Kriegen wir die nicht, sondern setzen wir ausschließlich auf Gas, wird das – wie gesagt – bedeuten, dass wegen der Folgen in der Industrieproduktion mit Sicherheit der Druck auf die Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomenergie steigt.

Deswegen glaube ich, dass wir die Modernisierung von Kohlekraftwerken brauchen. Wir sollten sie nach Möglichkeit an einen hohen Anteil Kraft-Wärme-Kopplung koppeln. Wir sollten sie nach Möglichkeit an die Stilllegung alter Kohlekraftwerke und an sehr hohe Effizienzgrade koppeln. Wir sind auch bereit, dies im Rahmen des Emissionshandels zu finanzieren zwischen 2013 und 2016, aber eben nur dann mit Zuschüssen, wenn sie oberhalb der in der Europäischen Union festgelegten Grenzwerte oder Effizienzwerte liegen.

Ich bin deshalb der festen Überzeugung, dass wir die Modernisierung von Kohlekraftwerken und Gaskraftwerken brauchen, dass es falsch ist, an jedem Standort gegen jedes Kohlkraftwerk vorzugehen, sondern dass man den Emissionshandel stark machen muss, weil er die Obergrenze festlegt für die Menge an CO₂. Es ist Unsinn, dies über das Ordnungsrecht zu versuchen. Ich frage mich immer, warum eigentlich Umweltverbände und Grüne, Leute wie mich auffordern, dass ich den Emissionshandel in Kopenhagen im Dezember 2009 weltweit durchsetzen soll, wenn wir in Europa und in Deutschland nicht an ihn glauben. Ich finde, das kann nicht das Ziel unserer Politik sein. Deswegen sage ich: Zur Effizienzsteigerung gehört eben auch die Modernisierung der Kohle- und der Gaskraftwerke.

Der zweite Teil ist allerdings dann ganz klar der Ausbau der erneuerbaren Energien, nicht nur am Strommarkt, sondern auch am Wärmemarkt. Dort haben wir ja jetzt in den Kommunen für Neubauten die Verpflichtung zum Einbau erneuerbarer Wärme geschaffen. Auf Beratung des Bundesverbandes Erneuerbare Energien haben wir damals verzichtet, das auch im Altbau vorzuschreiben - darüber kann man debattieren und wird auch debattiert werden -, weil wir beim Altbau in der Umsetzung ein Problem sehen.

Altbausanierungen sind dann Sanierungen, wenn ein Heizkessel ausgetauscht wird plus drei weitere Maßnahmen gemacht werden. Wenn man dieser Person sagt, *wenn du dein Haus sanierst, dann musst du erneuerbare Wärme nutzen*, und diese Person das nicht will, dann macht sie in einem Jahr den Heizkesselaustausch und im nächsten Jahr die drei Maßnahmen – schon kann man nicht mehr zugreifen.

Außerdem bedeutet es, dass der Person keine Zuschüsse gezahlt werden dürfen, denn man kann niemandem Geld für etwas geben, was ordnungsrechtlich von ihr verlangt wird. Es kann dann etwas gegeben werden, wenn die Person mehr als das Ordnungsrecht anwendet. Aber man kann nicht sagen, *ich verpflichte dich und dann kriegst du Zuschüsse*. Da die Altbausanierung mit erneuerbarer Wärme aber teurer ist als im Neubau, ist das sicher ein Hindernis.

Die zweite Lösung war, zu sagen: Eine Sanierung ist es bereits, wenn man einen Kessel austauscht. Unsere Angst war, dass damit der ohnehin schon dramatische Rückgang im Kesselaustausch – wir würden viel für Energieeffizienz und Klimaschutz tun können, wenn nur alte gegen neue Kessel ausgetauscht würden –, dass sich dieser Rückstau dann, gerade in der Wirtschaftskrise, noch mal vergrößert. Deswegen haben wir uns im Altbau dafür entschieden, unsere Fördermittel deutlich zu erhöhen. Wir sind im Marktanzreizprogramm für erneuerbare Wärme mit 130 Mio. Euro im Jahr 2005 gestartet. Dieses Jahr sind es 410 Mio. Euro. Das ist ein kleines Konjunkturprogramm, denn es sind 10 % der Investitionskosten. Und wir sind nicht mal sicher, ob die Mittel überhaupt das ganze Jahr reichen, so gut wird es nachgefragt. Allein drei bis vier Milliarden Investitionen im Bereich erneuerbarer Wärmetechnik zeigt, wie viel Arbeitsplatzpotenzial sowohl in der Industrie, aber auch im Handwerk damit verbunden ist.

Das sind sozusagen Beispiele dafür, dass wir glauben, dass gerade engagierte Umwelttechnik dazu beitragen kann, Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Jobs und Geldsparen miteinander zu vereinen. Dafür gibt es in Deutschland

besonders gute Voraussetzungen. Wir werden in den nächsten Jahren erhebliche Chancen haben, das auszubauen. Denn alle Schätzungen gehen weltweit davon aus, dass sich das weltweite Umsatzvolumen der Umwelttechnik von zur Zeit etwas mehr als einer Billion Euro mehr als verdoppelt – nicht deshalb, weil die Regierungen der Welt alle grün werden, sondern schlicht und ergreifend deshalb, weil die Weltbevölkerung wächst, die Industrialisierung zunimmt und Ressourcen knapp werden.

Umwelttechnik heißt immer Ressourcen schonen, nicht nur im Energiebereich. Deswegen gibt es eine massive Nachfrage nach Umwelttechnologie. Und wir sind auch dort Weltmarktführer. Wir stellen 20 % des Umsatzvolumens der Welt in der Umwelttechnik zur Verfügung, in der Energietechnik übrigens sogar 30 %. Das kann man auch an den Arbeitsplatzzahlen im Export sehen. 80 % der Windenergieanlagen, die in Deutschland gebaut werden, gehen inzwischen in den Export. Von den 280.000 Arbeitsplätzen befinden sich viele im Export. Deswegen glaube ich, dass wir gut daran tun, uns daran weiterhin zu beteiligen.

Die Vereinigten Staaten beschließen gerade in ihrem Konjunkturprogramm 150 Mrd. Dollar zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist ein ziemlicher Brocken. Die machen das unter anderem deshalb, weil Obama zu Recht sagt: In der Krise darf man die Wirtschaft nicht konservieren, sondern man muss sie modernisieren. Man muss sie effizienter und wettbewerbsfähiger machen. Und eines der größten Beispiele dafür ist der Energieverbrauch.

Wenn wir diesen Wettbewerb bestehen wollen, dann gibt es dafür eine zentrale Grundlage. Das ist der Erhalt der Innovationsfähigkeit unseres Landes. Das hat etwas mit Bildung, Ausbildung und Qualifikation zu tun. Meine größte Sorge ist nicht, dass wir die umweltpolitischen Ziele nicht halten oder zu wenig Geld haben. Meine größte Sorge ist, dass uns die Grundlage dieser wirtschaftlichen Entwicklung im Umweltschutz abhanden kommt, weil uns die Qualifikationsgrundlage in unserem Land dafür verloren geht.

Bei den Abgangszahlen der Universitäten sind in den nächsten Jahren 25.000 Ingenieurinnen und Ingenieure zu wenig. Wir haben die ersten Mangelerscheinungen in den industriellen Metall- und Facharbeiterberufen. Das ist die größte Gefahr. Wenn man heute 30 % der Energietechnik weltweit hat, dann liegt das daran, dass 20 % des Ingenieurpotenzials aus Deutschland kommen. Wenn dies auf 5 % absinkt, wie es zu erwarten ist, sind wir nicht mehr Weltmarktführer. Das ist jedenfalls sicher.

Deswegen hat gute Umwelt ganz viel mit guter Bildung und Ausbildung zu tun und natürlich auch mit guter Arbeit und die übrigens immer – auch im Umweltbereich – mit gutem Lohn. Wenn man den jungen Leuten vormacht, *studiere mal sechs Semester BWL, dann kannst du an der Börse mit 30 Millionär sein* – bis vor ein paar Monaten haben wir denen das erzählt – *und wenn du Ingenieur werden willst, dann musst du zwölf Semester studieren und wirst am Ende wahrscheinlich deine Studienkredite zurückbezahlen müssen*, dann muss man sich nicht wundern, wenn sie nicht Ingenieur werden.

Und wenn die Jugendlichen in der Klasse 9 ins Schulpraktikum gehen und in einem Industriebetrieb sehen, dass alle, die jünger sind als 40 in der Leih- und Zeitarbeit sind mit bis zu 50 % weniger Gehalt, dann musst man sich nicht wundern, wenn sie nach Hause kommen und ihrem Vater und der Mutter sagen: *Also, Facharbeiter will ich nicht werden.*

Es gibt viele andere Probleme im Bildungswesen, keine Frage, aber auch die Art und Weise, wie wir über solche technischen Berufe reden, wie wir sie bezahlen und unter welchen Arbeitsbedingungen wir sie entwickeln lassen oder wie man studiert, hat einen Einfluss darauf, ob man gute Umwelt mit guter Arbeit und gutem Lohn koppeln kann. Die drei Dinge hängen zusammen.

Wenn mich jemand fragt, *was ist eigentlich die Rolle Deutschlands oder Europas, wenn China die Werkbank und Indien der Dienstleister der Welt wird und Russland ist irgendwie die Zapfsäule der Welt*, dann ist sie dort, wo sie die letzten 200 Jahre war: Gute Ingenieure, gute Meister, gute Techniker, gute

Facharbeiter, kluge Angestellte, damit wir solche ökologischen Herausforderungen auch durch die Wiederentdeckung der Idee des technischen Fortschritts meistern können. Das ist die Rolle unseres Landes. Da liegt die Chance für Arbeit und Umwelt. Das muss das prägende Beispiel sein, an dem sich die Sozialdemokratie in Bund, Land und Gemeinde orientiert.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.